

Frau Antje von Broock  
Leiterin Abteilung C:  
Chemikaliensicherheit, Immissionsschutz, Verkehr  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,  
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
11055 Berlin

**Bundesverband  
Glasindustrie e. V.**

Hansaallee 203  
D-40549 Düsseldorf

**Hauptgeschäftsführung**

Tel +49 (0)211.902278-20  
E-Mail [overath@bvglas.de](mailto:overath@bvglas.de)  
Web [www.bvglas.de](http://www.bvglas.de)

Düsseldorf, 16. September 2024

## **Umgang mit einer zukünftigen PFAS-Beschränkung**

Sehr geehrte Frau von Broock,

Deutschland gehört zu den fünf EU-Mitgliedstaaten, die im Jahr 2021 ein Beschränkungsverfahren für Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) initiiert haben. Danach sollen über 10.000 Stoffe in Anhang XVII REACH aufgenommen und somit die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung der Stoffe als solche, in Gemischen und in Erzeugnissen über bestimmten Konzentrationsgrenzen verboten werden.

Ohne Frage gibt es in der Stoffgruppe der PFAS gefährliche Substanzen und Verwendungen, die substituiert werden können. Allerdings geht der Beschränkungsvorschlag mit den nur wenigen Ausnahmen zu weit. Ein so umfassendes und undifferenziertes Beschränkungsverfahren hätte massive Auswirkungen auf die Unternehmen. Die Industrie hat wiederholt darauf hingewiesen, dass risikobasierte Aspekte stärker berücksichtigt werden sollten.

Der Bundesverband Glasindustrie vertritt die Glas herstellenden Unternehmen in Deutschland. Zum Schmelzen von Glas werden zwar keine per- oder polyfluorierten Stoffe eingesetzt, dennoch sind wir als Anwenderbranche betroffen. Denn wir müssen davon ausgehen, dass sich in allen Anlagen unserer Mitgliedsunternehmen PFAS finden, z. B. in Dichtungen, Filtern, etc. Ein Verbot hätte daher massive Auswirkungen auf unsere Produktionsanlagen.

Konkrete Informationen darüber, in welchen Bauteilen welche Stoffe vorkommen, liegen uns meist jedoch nicht vor. Kontaktaufnahmen mit Lieferanten zeigten, dass auch diese häufig nicht wissen, ob in ihren Anlagenteilen Erzeugnisse mit PFAS verwendet werden. Es handelt sich um weitverzweigte Lieferketten für große Mengen an unterschiedlichen Bauteilen für unsere Glas-schmelzanlagen sowie um eine sehr große Anzahl von Stoffen (> 10.000 PFAS).

Das stellt die Glasindustrie als Anwenderbranche vor ein großes Problem: Wir sehen eine Beschränkung für eine immens große Stoffgruppe auf uns zukommen. Eine Abschätzung der Betroffenheit und die Vorbereitung auf die anstehende Beschränkung ist aber äußerst schwierig bzw. nach unserer Auffassung nicht sinnvoll durchführbar. Hinzu kommt, dass das Beschränkungsverfahren in seinem Ausgang sehr ungewiss ist (z. B. im Hinblick auf Art und Umfang der Ausnahmen) und es zu einer erheblichen Verzögerung kommt. Dies führt in unseren Unternehmen zu einer erheblichen Planungsunsicherheit, was bereits vor In-Kraft-Treten von Beschränkungen Auswirkungen auf Investitionen haben könnte.

Da der Beschränkungs-vorschlag aktuell von den fünf Mitgliedstaaten, die ihn eingebracht haben, überarbeitet wird, möchten wir Sie gerne in diesem Stadium über die Probleme einer „Anwenderbranche“ in der Praxis informieren und Sie bitten, darauf hinzuwirken, dass die nationalen Behörden den noch bestehenden Handlungsspielraum in Sinne der Industrie nutzen. Wir bitten Sie, im Rahmen der Überarbeitung insbesondere den Aspekt der praxistauglichen Umsetzung in Blick zu nehmen und zu einem risikobasierten Regulierungsansatz zurückzukehren. Hierzu ist aus unserer Sicht eine umfassende Überarbeitung des Beschränkungs-dossiers geboten. Sofern die deutschen Behörden am derzeit eingeschlagenen Weg der breiten Regulierung der gesamten Stoffgruppe festhalten, ist es dringend notwendig, dass zur Identifizierung geeigneter Alternativen ausreichend lange Übergangsfristen eingeräumt werden. Außerdem sollten breite Ausnahmeregelungen für Industrieanlagen verankert und gesamte Lieferketten berücksichtigt werden.

Ein gleichlautendes Schreiben senden wir an Abteilungsleiter Herrn Kluttig im Bundeswirtschaftsministerium.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Johann Overath